



Die Brücke



Mitteilungsblatt der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten

Nr. 39 – März 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitglieder der Seliger-Gemeinde!

Am 25. Mai wird das Europaparlament neu gewählt. Für uns als ehemalige Bewohner eines Landes, in dem verschiedene Nationen zusammenlebten, Tschechen, Deutsche, Slowaken, Ungarn, Karpaten-ukrainer usw., hat das geeinte Europa deshalb eine besonders hohe Bedeutung, weil uns bewusst ist, welche befriedende Wirkung in den letzten Jahrzehnten dieses vereinte Europa auf früher zutiefst verfeindete, sich hassende Nationen ausgeübt hat. Und wir wissen, dass dieses Europa Lebensvoraussetzung für die kleinen Völker und Nationen ist, zur Erhaltung und Förderung ihrer eigenen Identität.

Europa verdient es, dass wir uns seiner verstärkt annehmen. Diese Wahl hat für Sozialdemokraten dadurch eine besondere Bedeutung, dass die Nummer eins der SPD, unser Freund Martin Schulz, Träger des Wenzel-Jaksch-Gedächtnispreises, die Sozialdemokratische Partei Europas anführt. Der Nominierungskongress hat ihn mit beeindruckenden 91,1 Prozent zum Spitzenkandidaten gewählt. Wir hätten in Europa niemand Besseren für diese Aufgabe gewinnen können. Es besteht bei uns kein Zweifel darüber, dass er die europäischen Sozialdemokraten zur stärksten Kraft im Parlament machen wird, der zudem auch den nötigen Mut hat, richtige Positionen zu vertreten und diese auch gegenüber verbohnten Nationalisten aufrechtzuerhalten. Der Besuch vor wenigen Wochen in Israel und sein Auftreten vor der Knesset, das Parlament in Jerusalem, hat das beispielhaft gezeigt. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, geht zur Wahl!

In Tschechien gibt es eine neue Regierung unter der Führung des Sozialdemokraten Sobotka. Wir gratulieren sehr herzlich, wünschen Glück und viel Erfolg bei der nicht leichten Aufgabe und freuen uns auf künftiges näheres Kennenlernen. Weitere Einzelheiten stehen in dem kurzen Beitrag von Thomas Oellermann, Prag, Mitglied unseres Bundesvorstandes.

Die Jury zur Vergabe des Wenzel-Jaksch-Gedächtnispreises hat einstimmig beschlossen, den Preis bei der nächsten Bundesversammlung im Oktober 2014 an den tschechischen Historiker Professor Dr. Jan Křen zu vergeben. 1930 in Prag geboren, hat er Höhen und Tiefen des deutsch-tschechischen Verhältnisses intensiv miterlebt. Er erkannte sehr früh, dass jegliche Form von Totalitarismus gesellschaftlichen Fortschritt und nationalen Ausgleich verhindert. Ich meine, wir haben mit diesem Preisträger eine großartige Wahl getroffen. Und wir sind dankbar für seine Bereitschaft, die Auszeichnung anzunehmen.

Ich wünsche für die Frühlingszeit viel Sonne und Wärme sowie schöne Ostertage. Und vielleicht sehe ich ja die Eine oder den Anderen beim Seminar auf Burg Hohenberg, beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg oder bei unserer nächsten Bundesversammlung in Bad Alexandersbad. Ich würde mich darüber sehr freuen.

Freundschaft!
Euer Dr. Helmut Eikam

Termine

- 03.-31.03.:** DSAP-SG-Ausstellung in Pirna
- 11.-28.08.:** DSAP-SG-Ausstellung in Kloster Rohr
- 28.-30.03.:** Seminar der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel *Bayern und Tschechien: Gemeinsam stark in die Zukunft*
- 04.-06.04.:** SG-Wochenendseminar auf Burg Hohenberg
- 30.04.-03.05.:** Fahrt nach Wien zum 1. Mai mit den SG-Gruppen München und Dachau
- 04.05.:** Kranzniederlegung im ehemaligen KZ Dachau
- 07.-08.06.:** 65. Sudetendeutscher Tag in Augsburg

Einzelheiten zu den Terminen weiß die SG-Bundesgeschäftsstelle.

Einladung zum Wochenendseminar

Das diesjährige Seminar der SG am ersten April-Wochenende findet wieder in der Bildungsstätte des sudetendeutschen Sozialwerks in Hohenberg a. d. Eger statt. Es sind noch einige Plätze frei. Anmeldungen nimmt Karl Garscha unter Telefon Nr. 08062-9559 oder der E-Mail-Anschrift karl.garscha@web.de entgegen.

Das Programm umfasst drei interessante Themen: Mit dem *Ersten Weltkrieg in den Augen des Josef Hofbauer* befasst sich Chefredak-

teur Gerald Schubert aus Prag. *Der Musikinstrumentenbau im Egerland* spielt eine Rolle bei der Tagesfahrt nach Eger und beim Vortrag des Historikers Christian Hoyer aus Bubenreuth. Über *Brüche und Perspektiven des tschechischen Parteiensystems von 1989 bis 2014* referiert Marco Zimmermann, Journalist beim Radio Prag.

Zum 1. Mai ins Rote Wien

Die Ortsgruppen München und Dachau der Seliger-Gemeinde laden unter dem Motto *Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder vereinigt Euch* zur Mitfahrt ein. Am 30. April geht's in München los, Empfang im Wiener Rathaus und Fackelzug schließen sich an. Nach den Feierlichkeiten zum 1. Mai wird der Nachmittag im Kreise der Wiener Arbeiterschaft im Prater verbracht. Der Freitag gehört ganz der Stadt Wien: Bummel über den Naschmarkt; Mittagessen in *Michl's Café Restaurant*; Stadtführung durch das Rote Wien; Tagesausklang in einem Beisel. Vor der Rückreise steht eine Stadtrundfahrt in Pressburg (Bratislava) an. Die Kosten betragen im DZ 230 €, im EZ 270 €. Einzelheiten hat Walburga Steffan; sie freut sich über Anmeldungen: Freischützstraße 17 / 13. OG, 81927 München, Telefon 089-936501, E-Mail-Anschrift: wsteffan@mnet-mail.de.

Das Jahr 2014

Das Jahr 2014 ist ein bedeutendes Gedenkjahr. Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, der die Karte Europas und die Gesellschaften des alten Kontinents erheblich veränderte. 25 Jahre später, im Herbst des Jahres 1939, vor 75 Jahren, brach der Zweite Weltkrieg über Europa und andere Teile der Welt herein, weil der Hauptunterlegene des ersten Krieges das unglückliche System von Versailles, St. Germain und Trianon nicht länger hinzunehmen bereit war und nach Revanche, nach gewaltsamer Revision strebte. Das Ergebnis war furchtbarer als das Resultat des ersten Völkermordens. Friedensverträge, wie jene von 1919, hat es nach 1945 nicht gegeben. Und doch hat es den Anschein, als ob die Konsequenzen von 1945 sich langfristig günstiger auswirkten als nach dem ersten großen Kriege: Die Einigung und Integration Europas ist nämlich weiter fortgeschritten und ist weit unumkehrbarer, als vielen der heute so zahlreichen Kritikern des Euros bewusst ist.

Wir sind eine sozialdemokratische Organisation und sollten uns deshalb auch fragen, ob hinsichtlich der Entwicklung unserer Partei und Bewegung letztendlich ähnlich günstige Schlüsse angebracht sind. Hat doch die letzte Bundestagswahl einmal wieder die Frage aufgerollt nach dem Sinn und nach der Relevanz und Berechtigung sozialdemokratischer Politik für eine mehr oder weniger satte und gesättigte postindustrielle Gesellschaft. Wo standen wir 1914, 1918, 1939, 1945? Und wo stehen wir 2014? Auf diese Frage gibt es zwar keine allgemeingültigen Antworten; wir sollten aber versuchen, darüber nachzudenken und zumindest einen eigenen Standpunkt zu ergründen. Im Sommer 1914, nach den Schüssen von Sarajevo, rief die Führung der SPD zu Friedensdemonstrationen auf – die Mehrheit der SPD war jedoch für die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag. Weniger als zwei Jahre später waren etwa 40 Prozent der Parteitage-delegierten gegen die Bewilligung weiterer Kredite und somit für die Beendigung des Krieges. Im April des Jahres 1917 kam es in Gotha zur Gründung der Unabhängigen SPD, das heißt zur Spaltung der Partei. Im November 1918, nach dem Waffenstillstand, erteilte die Mehrheit der Sozialdemokratie dem Radikalismus der Linken eine Absage und entschied sich für die Entmachtung der Militärherrschaft und die Demokratisierung des Staates. Die SPD beendete die Monarchie und garantierte die deutsche Republik, auch durch ihre Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung.

Die Republik von Weimar war ein riskantes Unternehmen. Zu viele Parteien, zu wenig demokratische Tradition und parlamentarische Erfahrung, zu viel Bereitschaft, den Trompetern rechter und auch linker Gewaltssysteme eine Chance zu geben. Und nicht zuletzt, ab 1929, eine bisher noch nicht erlebte Weltwirtschaftskrise mit einer furchtbaren Arbeitslosigkeit. Obwohl die SPD die Stabilität von Weimar länger und besser gewährleistete als irgendeine andere deutsche Partei und sich bei diesem Bemühen nahezu aufopferte, entschied sich eine Mehrheit der Deutschen für die antidemokratischen Gegner der Sozialdemokratie. Und dennoch waren es vor allem Sozialdemokraten, die bis zuletzt die Abschaffung der Demokratie durch die Partei Hitlers ablehnten. Auch im tschechoslowakischen Staat zählte die Partei unserer Väter bis zuletzt zu den Garanten eines demokratischen Zusammenlebens aller Völker dieser national heterogenen Republik. Sudetendeutsche Sozialdemokraten verloren jedoch nach 1945 ebenso ihre Heimat wie ihre konservativen oder sogar nationalchauvinistischen Landsleute.

Mehr als alle anderen deutschen Parteien hat die SPD, seit 1945 unterstützt von Genossen aus Böhmen, Mähren und Schlesien, die Demokratie in Deutschland garantiert und unterstützt – gegen Hitlers Totalitarismus, gegen Adenauers Restauration und erst vor wenigen Jahren wieder gegen nicht immer demokratisches Gedankengut der neuen deutschen Linken. Eigentlich schon vor 1914 und seither um so mehr ist die SPD der Garant demokratischer Politik in Deutschland – für den Einzelnen und für das Gemeinwesen. Das ist das große und noch immer aktuelle Verdienst der Sozialdemokratie, auch in diesem Gedenkjahr.

Martin K. Bachstein

Christa Naaß: Generalsekretärin des SR

Bei der konstituierenden Plenartagung des Sudetendeutschen Rates (SR) am 01. Febr. 2014 wurde das Präsidium neu gewählt. Es besteht

aus Bernd Posselt, CSU-MdEP und Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Steffen Hörtler, stellvertretender Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Leiter der Bildungs- und Begegnungsstätte Heiligenhof in Bad Kissingen, Steffen Mayer, CSU-MdB und Präsidiumsmitglied des BdV, sowie Albrecht Schläger SPD-MdL a. D., Co-Bundesvorsitzender der Seliger-Gemeinde und Vizepräsident des BdV.



Christa Naaß, SPD-MdL a. D., wurde einstimmig zur Generalsekretärin gewählt. Somit wird dieses Amt weiterhin von einem SPD-Mitglied ausgeübt. Die ehemalige Abgeordnete des bayerischen Landtags und vertriebenenpolitische Sprecherin der BayernSPD folgt auf den Sozialdemokraten und ehemaligen Landtagsabgeordneten Albrecht Schläger, der den Posten seit 2006 innehatte. Der Vorsitzende der BayernSPD, Florian Pronold, gratulierte Christa Naaß, die seit vielen Jahren engagiert als Brückenbauerin zwischen der alten und neuen Heimat sowie der SPD und den Vertriebenenverbänden wirkt und damit in der Tradition führender sozialdemokratischer Persönlichkeiten steht, wie dem langjährigen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden und Bundesvorsitzenden der Seliger-Gemeinde Volkmar Gabert, von Peter Glotz, Franz Maget und Albrecht Schläger. Der Sprecher der Sudetendeutschen Bernd Posselt setzte sich vor der Wahl entschieden für Christa Naaß ein. Dadurch ist nach seiner Meinung die politische Ausgewogenheit des SR auch weiterhin gewährleistet. Bayern und die bayerische Sozialdemokratie verdanken den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen viel. Für die BayernSPD ist es auch deshalb eine Verpflichtung, deren kulturelles Erbe zu bewahren und zukunftsgerichtet weitere Brücken der Erinnerung und Verständigung in die Herkunftsländer zu bauen.



Stephan Mayer, Steffen Hörtler, Christa Naaß, Albrecht Schläger, Bernd Posselt

Die Seliger-Gemeinde schließt sich den Glückwünschen an und freut sich auf weitere gute Zusammenarbeit mit dem gesamten Präsidium.

Albrecht Schläger

Tschechien hat eine neue Regierung

Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2013 war ein langer Weg zur Bildung einer neuen, handlungsfähigen Regierung zurückzulegen. Die Wahlen hatten die politische Lage in Tschechien auf den Kopf gestellt. Die Sozialdemokraten erzielten ein schlechtes Ergebnis, die Bürgerdemokraten der bislang so starken ODS konnten nur mit großer Anstrengung den Fall in die absolute Bedeutungslosigkeit verhindern. Die zwei liberalen Parteien der „Öffentlichen Angelegenheiten“ und LIDEM waren nicht mehr angetreten. Als stärkste Mitte-rechts-Partei verblieb TOP09, die Partei von Karel Schwarzenberg. Die Kommunisten wussten sich ebenfalls zu behaupten. Als neue Parteien gelangten die populistische Bewegung „Morgenröte der De-

mokratie“ des Tomio Okumara und die Bewegung ANO des Milliardärs Andrej Babiš als zweitstärkste Fraktion ins Parlament.

In ihren Bemühungen um die Bildung der Regierung gingen die Sozialdemokraten daher zunächst auf die ANO zu. Als dritter Partner konnten die Christdemokraten gewonnen werden. Die Koalitionsverhandlungen wurden begleitet von Einmischungsversuchen des Staatspräsidenten Miloš Zeman. So wird vermutet, dass er im Hintergrund der starken Flügelkämpfe innerhalb der Sozialdemokratie stand. Angesichts des schlechten Wahlergebnisses hatten Unterstützer um den Hauptmann des südmährischen Kreises Michal Hašek versucht, Parteivorsitzenden Bohuslav Sobotka zu stürzen. Die Mobilisierung der Parteibasis und der Öffentlichkeit verhinderten dies.

Der 1971 bei Brünn geborene Sobotka ist Jurist, seit 1989 Sozialdemokrat und war von 2002 bis 2006 Finanzminister. Er war es, der im Jahre 2011 im Haus der tschechischen Sozialdemokraten die Kinder von Wenzel Jaksch empfing und darauf verwies, dass dieser unbestritten zur Geschichte der Sozialdemokratie in den böhmischen Ländern gehöre. Hinter Sobotka steht als sein „Chefberater“ mit Vladimír Špidla der erste EU-Kommissar Tschechiens. Andrej Babiš, der zum stellvertretenden Premierminister gewählt wurde, ist gebürtiger Slowake, gründete 1993 die Firma Agrofert und machte sie zu einem Erfolgsunternehmen. Der Vorsitzende der Christdemokraten Pavel Bělobrádek ist zweiter stellvertretender Premierminister. Das bedeutende Außenministerium hat der Sozialdemokrat Lubomír Zaorálek inne. Der studierte Philosoph und Ökonom gehört dem Parlament seit 1996 an. Martin Stropnický (ANO) ist der erste Schauspieler, der das Verteidigungsministerium leitet; er vertrat sein Land einige Jahre als Botschafter im Ausland. Innenminister wurde der Pilsener Sozialdemokrat Milan Chovanec. Unter den weiteren elf Ministern sind vor allem Michaela Marksová, Jiří Dienstbier und Daniel Herman zu nennen. Michaela Marksová ist Ministerin für Arbeit und soziale Angelegenheiten und gilt als Expertin. Sie war neben Špidla 2012 Gast bei der Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde. Jiří Dienstbier, Minister für Menschenrechte, Chancengleichheit und Gesetzgebung, war nicht nur Präsidentschaftskandidat der Sozialdemokraten, sondern gehört zu den Politikern mit dem höchsten Ansehen in der Tschechischen Republik. Der Christdemokrat Daniel Herman ist Kulturminister, war früher unter anderem Leiter der tschechischen Staatssicherheitsunterlagenbehörde.

Tschechien hat eine neue Regierung, eine Regierung mit interessanten Persönlichkeiten, von denen einige in der Vergangenheit die Nähe zur Seliger-Gemeinde gesucht haben. Diese Nähe sollten wir pflegen und uns um Kontakte zu weiteren Sozialdemokraten bemühen.

Thomas Oellermann

Bohuslav Sobotka bei der FES in Berlin

Während seines Antrittsbesuchs in Berlin am 13. März 2014 besuchte der neue tschechische Ministerpräsident Sobotka (ČSSD) auch die Friedrich-Ebert-Stiftung und wurde dabei von Matthias Platzeck und dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth (beide SPD) begleitet. Platzeck begrüßte Sobotka als neuen Regierungschef einer Koalition, der man mit höchstem Respekt begegne und die zügig mit dem Regieren begonnen hätte. Im Hinblick auf die Krise in der Ukraine und mit Russland betonte er die Wichtigkeit der Visegrad-Staaten, die zu einer hörbaren Stimme in der EU werden müsse. „Mögen wir es hinbekommen, die Europäische Idee wiederzubeleben in Richtung auf ein soziales Europa.“ Sobotka hielt eine wohlformulierte Rede auf Tschechisch, die auch einen Rückblick auf die erste ČSR enthielt und die an die durch die letzte sozialdemokratisch geführte Regierung ausgesprochene Entschuldigung von 2005 an die demokratischen Hitlergegner unter den Sudetendeutschen erinnerte. Das inhaltliche Zentrum der Rede kreiste um die europapolitische Neuausrichtung der tschechischen Regierungspolitik. Die Sonderrolle Tschechiens in Europa sei zu Ende. Tschechien trete dem EU-Fiskalpakt bei. Auch das Beharren auf Ausnahmeregelungen bei der EU-Grundrechte-Charta werde beendet. Am Ende der Rede schienen auch Argumente auf für ein stärkeres Engagement für eine mögliche Übernahme des Euro, auch wenn die tschechische Bevölkerung dies mehrheitlich noch ablehne und die Eignung Tschechiens seit dem Ende der letzten sozialdemokratisch geführten Regierung mittlerweile infrage steht. Sobotka sagte: Die Verbundenheit in Europa sei eine

faszinierende Tatsache. Und der Euro sei ein positives Projekt, das viele Chancen biete. Sein Regierungsprogramm trage die Handschrift der ČSSD und trete für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts ein.

In der Rede von Staatsminister Roth stand das Überraschendste gleich am Anfang: Er bekannte, eine ganz besondere Beziehung zur Tschechischen Republik zu haben. Seine Großmutter Maria sei 1926 in der ČSR geboren, in deren Geburtsort er aber noch nicht gewesen.

Am Schluss stellte sich Sobotka Fragen aus dem Publikum, auch Exilanten aus kommunistischen Tagen traten ans Mikrofon. Sobotka antwortete ruhig, konzentriert und besonnen.

Möge dieser Umgang nicht nur dem Zauber des Anbeginns einer neuen Regierung geschuldet sein, sondern sich im Handeln auch bewähren.

Ulrich Miksch

Sudetendeutscher Sinn und Unsinn

Erst vor einigen Monaten erteilte der frühere tschechische Ministerpräsident und Senator Petr Pithart seinen früheren deutschen Landsleuten den Rat, doch bitte künftig auf den Gebrauch des Wortes *sudetendeutsch* zu verzichten. Dass nunmehr auch er ein Bekenntnis ablegt zugunsten jener Menschen hier und im Nachbarland, welche die gemeinsame Geschichte von Tschechen und Deutschen anders als bisher darzustellen trachten, ist sehr zu bedauern.

Als die erste Republik im Jahre 1918 gegründet wurde, war der Begriff *sudetendeutsch* ziemlich unbekannt. Warum sollte sich auch die deutsche Bevölkerung des neuen tschechoslowakischen Staates zu einer Bezeichnung bekennen, die eine enge geografische Bedeutung für eine heterogene ethnische Gruppe verwendet, die zum Teil Hunderte von Kilometern vom Sudeten-Gebirgszug entfernt wohnt? Das Bedürfnis für die Schaffung einer kollektiven Bezeichnung hatte sicherlich zu tun mit dem seit 1918 erheblich veränderten Status der deutschen Bevölkerung Böhmens, Mährens und Schlesiens, die im neuen Staat von einer führenden Position zu einer Minderheit herabgestuft worden war. Ihre Zugehörigkeit zur altösterreichischen Mehrheit, ihr Bekenntnis zu Wien, wenn man so will, war verloren gegangen, und deshalb entstand das verständliche Bedürfnis nach einem neuen Zugehörigkeitsgefühl, das selbstverständlich nicht außerhalb des neuen Staates, etwa im reichsdeutschen Sachsen, Bayern, oder Schlesien, sondern innerhalb der größtenteils noch aus österreichischer Zeit stammenden Grenzen verwurzelt war. Der Begriff war sicherlich ein künstlicher, fand aber schnell, innerhalb weniger Jahre, weitreichende Akzeptanz. Warum auch nicht - die deutsche Bevölkerung brauchte eine kollektive Bezeichnung ebenso, wie das aus Tschechen und Slowaken bestehende Staatsvolk, wobei der Tschechoslowakismus des neuen Staates sicherlich genauso künstlich oder noch künstlicher war als die Bezeichnung *sudetendeutsch*.

Die Bezeichnung *sudetendeutsch* war das richtige Wort zur richtigen Zeit, als die Zusammenführung der im neuen Staat nicht kollektiv anerkannten deutschen Minderheit aufgrund des tschechischen Drucks ein Wunsch nahezu aller Deutschen geworden war. Dass die Sudetendeutsche Heimatfront und die Sudetendeutsche Partei diesen Begriff später übernahmen, beweist lediglich die in wenigen Jahren entstandene Popularität und Bedeutung der neuen Bezeichnung für die ursprünglich heterogenen deutschen Bevölkerungsteile in der Tschechoslowakischen Republik. Es trifft auch keineswegs zu, dass der Begriff *sudetendeutsch* etwa vor allem von völkischen Gruppen oder Organisationen verwendet wurde. Der dem Volkstumsgedanken eher distanziert gegenüberstehende DSAP-Vorsitzende Ludwig Czech kritisierte zum Beispiel in einer Parteitagrede die *sudetendeutsche völkische Bourgeoisie*, weil sie die *sudetendeutsche Bevölkerung* in einen Rauschzustand versetzt habe. Der Begriff war also längst sprachliches Allgemeingut geworden und wurde von Menschen und Bevölkerungsteilen unterschiedlichster politischer Orientierung neutral verwendet.

Als sich der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie im Frühjahr 1939 zu seiner letzten beschlussfähigen Sitzung in Prag traf, änderte die Partei ihren Namen und stellte ihre Tätigkeit in der Heimat ein, um die Daheimbleibenden vor dem hitlerdeutschen Vorwurf der Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation zu schützen. Die Exilorganisation der alten DSAP nannte sich *Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten*. Der vormalige Parteivorsitzende Wen-

zel Jaksch bezeichnete sich u. a. als *London Representative of the Sudeten German Social Democrats*. Dass ihm dies von der linken Opposition unter Führung ihres Ideologen J. W. Brügel und aufgrund von Ratschlägen des Fürsorgeministers der Exilregierung, František Nemeč, als Fahnenflucht und Hinwendung zum Parteinamen Henleins vorgeworfen wurde, ist kein ausreichender Grund für den Verzicht oder für die Infragestellung der Bezeichnung *sudetendeutsch*. Der Begriff *deutsch* mag in zahlreichen Fällen ausreichen; sein Ersatz durch *sudetendeutsch* ist jedoch im historiografischen Kontext meistens genauer und verdient deshalb den Vorzug. Die Befürworter eines Verzichts riskieren den Vorwurf unwissenschaftlichen Verhaltens oder gar der Nachbarschaft zu Sprachregelungen aus einer Zeit, die Deutschland und auch die Tschechische Republik eigentlich überwinden haben sollten. Selbst das verdiente Münchner Collegium Carolinum ist eine sudetendeutsche Gründung, deren Original sich in Prag befindet. Sollte es etwa auch umbenannt werden - oder sollte solcher Unfug nicht besser unterbleiben?

Martin K. Bachstein

95ster Jahrestag des 4. März 1919

Am Tag des Selbstbestimmungsrechtes gedachte die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Schirmding der Opfer des 4. März 1919. Albrecht Schläger, Vizepräsident des BdV und Co-Vorsitzender der SG, konnte neben vielen anderen Teilnehmern die Bürgermeister Reiner Wohlrab (Schirmding) sowie Jürgen Hoffmann und Hans-Jürgen Wohlrab (beide Hohenberg) und Jörg Nürnberger, SPD-Landratskandidat, begrüßen.



Albrecht Schläger begann seine Rede mit den Worten: „Durch Erinnern und Verstehen leisten wir einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte und treten dafür ein, dass Vertreibung in Gegenwart und Zukunft dauerhaft und weltweit geächtet wird!“ Dann gab er einen Überblick über die Ereignisse am 4. März: Als der Erste Weltkrieg begann, hätten der tschechische Professor Tomáš Masaryk und Dr. Edvard Beneš gehofft, dass Österreich und Deutschland diesen verlieren würden. Beide hätten auf die Gründung einer selbstständigen Tschechoslowakei hingewirkt und dabei den Anspruch auf die gewaltsame Eingliederung von bis zu 4 Millionen Deutschen in den geplanten großböhmischen Staat erhoben. Dies wurde durch die Niederlage und den Zusammenbruch Österreichs möglich.

Am 12. November 1918 habe die Nationalversammlung in Wien Deutsch-Österreich zu einer demokratischen Republik proklamiert. Die Hoffnung auf Selbstbestimmung für die deutschen Teile des Sudetenlandes habe mit dem Friedensschluss von 1919 ein jähes Ende gefunden. Betroffen davon gewesen seien 3,3 Millionen Sudetendeutsche, 2 Millionen Slowaken und 700.000 Ungarn. Sie alle seien nicht gefragt worden, ob sie sich in einen neuen tschechischen Staat eingliedern lassen wollten. Am 4. März 1919 sei diese dramatische Entwicklung eskaliert. In Wien sei erstmals die Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich zusammengetreten. Die tschechische Regierung habe den Abgeordneten aus den Sudetenländern die Teilnahme an der Sitzung verweigert. Zu Tausenden hätten die Menschen am Generalstreik teilgenommen. Allein 25.000 in Teplitz-Schönau, wo Josef Seliger, Vorsitzender der Sozialdemokraten, gesprochen habe. Tschechische Besatzungstruppen hätten diese friedlichen Kundgebungen gesprengt. Die blutige Bilanz des Tages: 54 Tote und 104 Verwundete. Josef Seliger habe damals die Tschechen aufgefordert, den neuen Staat nicht auf Gewalt zu gründen. Bis in die 30er Jahre sei dann die „Tschechisierung“ der sudetendeutschen Ge-

bierte erfolgt.

Das Münchner Abkommen, der Anschluss Böhmens ans Reich, der Einmarsch Hitlers, der verlorene Krieg und die dadurch erfolgte Vertreibung hätten dafür gesorgt, dass dieser Teil Europas nicht zur Ruhe kam. Abschließend ging Schläger auf die Gegenwart ein: „Die EU-Osterweiterung ist vollendet, die Tschechische Republik Mitglied in der Europäischen Union, die Grenzen sind offen und der demokratische Umgang miteinander ist eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem müssen Deutsche und Tschechen gemeinsam das Haus Europa weiterbauen.“

Berndt Amann

Partner in der Nachbarschaft

In loser Folge stellen wir Einrichtungen vor, die der tschechischen Sozialdemokratie (ČSSD) nahestehen. Wir beginnen mit der Demokratischen Masaryk-Akademie, die zwar nicht der Größe, aber der inhaltlichen Arbeit nach mit der der SPD nahestehenden Friedrich-Ebert-Stiftung auf deutscher Seite vergleichbar ist

Thomas Oellermann

Die Demokratische Masaryk-Akademie

Sie ist eine Bildungseinrichtung, ein Think-tank, die mit europäischen Partnern zusammenarbeitet, ein Ort der Begegnung für die Mitglieder. Die Demokratische Masaryk-Akademie (Masarykova demokratická akademie, MDA) hat ihren Sitz im Volkshaus (Lidový dům), dem Hauptsitz der ČSSD in Prag. Das bedeutendste Projekt, das zurzeit durchgeführt wird, ist die Tschechisch-Slowakische Akademie der sozialen Demokratie. Es handelt sich hierbei um einen einjährigen Fortbildungskurs für 20 angehende sozialdemokratische Politiker, Gewerkschaftler und Mitarbeiter aus NGO.

Wichtigster Partner der MDA im Ausland ist die Friedrich-Ebert-Stiftung. Neben der Zusammenarbeit mit deren Büro in Prag arbeitet die Akademie mit den Vertretungen in Budapest, Warschau und London zusammen. MDA-Vertreter nehmen z. B. an den „Debatten für eine gute Gesellschaft“ teil. Die MDA ist Mitglied der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) in Brüssel. Außerdem dient sie als Plattform für Begegnungen ihrer zumeist älteren Mitglieder, für die sie Vortragsveranstaltungen zu den verschiedensten Themen durchführt.

Exekutivdirektor ist Vladimír Špidla, ehemals Premierminister und EU-Kommissar für soziale Angelegenheiten. Höchstes Organ der MDA ist der auf drei Jahre gewählte Vorstand. Die nächsten Wahlen finden im Frühjahr 2014 statt.

Patrik Eichler, Prag,
Mitarbeiter der MDA

Nachrichten

Hof: Am 09. März fand die **Jahreshauptversammlung** mit Neuwahl statt. Peter Heidler, der alte und neue Vorsitzende der Ortsgruppe, konnte einen stabilen Mitgliederbestand von 50 Freunden vermelden und ließ die Aktivitäten vom vergangenen Jahr Revue passieren. Herbert Schmid stellte sein geplantes Projekt *Nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden. Zeitzeugnisse von Deutschböhmen in Wort und Schrift* vor. In Kooperation mit der tschechischen Organisation „Post Bellum“ werden Interviews mit Mitgliedern der Seliger-Gemeinde auf der Internetseite des internationalen Projekts *Memory of Nations* zur Verfügung gestellt.



Volkmar Halbleib, SPD-MdL

Als Hauptreferent schilderte Volkmar Halbleib, neuer vertriebenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, seinen Zugang zur sudetendeutschen Thematik. Er erinnerte daran,

dass Wenzel Jaksch am 1. Februar vor 50 Jahren zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen gewählt wurde und dieses Amt bis zu seinem Verkehrsunfall erfolgreich geführt hatte. Die Ostpolitik unter Willy Brandt sei alternativlos gewesen. Auf die Bemühungen von Franz Maget sei es zurückzuführen, dass es nach der Verbesserung der bayerisch-tschechischen Beziehungen bald ein „Bayerisches Büro“ in Prag geben werde.

Gustav Reissig erzählte in seinem Referat zunächst, dass er 1945 im nordböhmischen Litvinov geboren wurde, was ihn selbstverständlich zur Seliger-Gemeinde brachte, um sich dann mit der Haushaltslage des Stadtrates, dem er lange Jahre angehörte, zu beschäftigen.

Weitere Vorstandsmitglieder sind: Stellvertreter Hans Krafczyk, Schriftführerin Sieglinde Waschke, Kassiererin Renate Heidler, Beisitzer: Helga Krafczyk, Renate Immisch, Herbert Schmid, Berta Peller und Karola Hertel.

Peter Heidler

Hof: Bei einer Veranstaltung unter der Federführung der Seliger-Gemeinde Hof liest Sabine Dittrich, die Autorin des **Buches „Erben des Schweigens“**, am Mittwoch, 04. Juni, um 17.00 Uhr im Hofer Museum aus ihrem Buch, das die Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen zum Thema hat. Herzliche Einladung zur **Lesung!**

München: Auf der **Jahreshauptversammlung** der Ortsgruppe München am 09. Februar hatte Waldemar Deischl, alter und neuer Vorsitzender, über folgende Aktivitäten berichtet:

Die 60-Jahr-Feier, bei der die Ausstellung "Von der DSAP zur Seliger-Gemeinde" präsentiert wurde, hatte Uli Pfaffmann, Vorsitzender der Münchner SPD, eröffnet. Das Seminar "Völker hört die Signale" fand gemeinsam mit der Deutschen Jugend in Europa im Bayerischen Landtag statt. 30 Teilnehmer/innen befassten sich mit der Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Im Januar 2013 fand im Maximilianeum eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 100. Geburtstages von Emil Werner und im Februar 2013 eine Feierstunde zum 10. Todestag von Volkmar Gabert statt. Im Juli fand eine Fahrt nach Altötting statt und im Oktober wurde Landsberg am Lech besucht. Immer auf den Spuren von sudetendeutschen Genossinnen und Genossen, die wesentlich zum politischen Erfolg der BayernSPD beitrugen. Bei der Frühlings- und der Weihnachtsfeier konnten viele Mitglieder begrüßt werden.

Im Rahmen der Versammlung stellten sich acht neue Mitglieder vor, die sich künftig rege an den Veranstaltungen beteiligen wollen. Waldemar Deischl bedankte sich bei den Dachauer Genossinnen und Genossen für die gute und enge Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank galt Olga Sippl, die nicht nur in München Motor der SG ist. Sie sorgt auch dafür, dass die SG eine lebendige Gemeinschaft bleibt, ihre Traditionen pflegt und die Erkenntnisse aus Widerstand und Vertreibung an die junge Generation weitergibt.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Roswitha Manni und Werra Aßmann ergänzen als "Neue" das Team.

Waldemar Deischl

Zum Tod von Egon Lánský

Leider wurde erst jetzt bekannt, dass der konservative Sozialdemokrat, vormalige Vizepremier und tschechische Senator, bereits am 25. November 2013 in Prag im Alter von 79 Jahren verstorben ist. Lánský wurde 1934 als Egon Löwy in Trenčín in der Slowakei geboren. Seine Eltern waren jüdische Ärzte, doch schaffte es nur sein Vater, noch 1939 nach England zu fliehen. Lánský wurde als Kind in mehrere Lager verschleppt. Er war während des Prager Frühlings einer der Gründer des regimekritischen Klubs der Engagierten Parteilosen und musste im Herbst 1968 die Tschechoslowakei verlassen.

Lánský lebte einige Jahre in Schweden, wo er eng befreundet war mit Karl Kern, dem Karls-Preisträger des Jahres 1971 der Landsmannschaft und langjährigen Vorsitzenden der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten. Nach dem Ende des Kommunismus kehrte Lánský nach Prag zurück. Er übernahm mehrere führende Ämter, u. a. wurde er Pressechef des tschechoslowakischen Außenministeriums und Botschafter seines Landes beim Europarat in Straßburg. 1996 bis 2002 vertrat er den Wahlkreis Tetschen (Děčín) als Sozialdemokrat im Senat. Im Jahre 1998 wurde er außerdem Stellvertreter von Ministerpräsident Miloš Zeman und bemühte sich in dieser Funktion vor allem um das Voranbringen der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.

Im September 1998 nahm Egon Lánský am Internationalen Freundschaftstreffen der Seliger-Gemeinde in Straubing teil und entschuldigte sich als einer der ersten tschechischen Politiker bei allen Sudetendeutschen für die Ereignisse der Jahre 1945/46. Er sagte damals: „Es tut uns leid, dass Euch Unrecht geschehen ist, und ich bitte Euch um Verzeihung. Lassen wir die Vergangenheit hinter uns und wagen wir auf die Zukunft gerichtet einen neuen Anfang.“ Lánský erzählte später, dass ihm diese Worte nicht nur in der eigenen Partei einige Kritik eingebracht hätten.

Martin K. Bachstein

Wir nehmen Abschied

Ein Urgestein unserer Gesinnungsgemeinschaft lebt nicht mehr: **Herbert Altenberger**, langjähriger Vorsitzender und später Ehrenvorsitzender der Seliger-Gemeinde Ansbach, geboren am 27.10.1912 in Qualisch, Kreis Trautenau. Da ging er zur Schule, arbeitete von 1930 bis 1937 in der Privatindustrie, anschließend bei der Sozialversicherungsanstalt in Prag. Nach der Vertreibung fand er 1946 eine Anstellung beim Regierungsförstamt, später bei der Oberforstdirektion in Ansbach.

Eine Herzensangelegenheit war ihm, in Ansbach eine „Seligerstraße“ zu bekommen. Seine jahrelangen Bemühungen führten erst 2002 zu einem erfreulichen Ende. Noch mit 95 Jahren hatte er eine Dokumentation über Josef Seliger und die „Seligerstraße“ erstellt, die er dem Ansbacher Archiv übergab. Seine Arbeiten fanden höchste Anerkennung durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, der Georg-von-Vollmar-Medaille, des Josef-Seliger-Briefs und des Ansbacher Stadtsiegels.

Herbert Altenberger hat sich für die Seliger-Gemeinde in besonderem Maße verdient gemacht. Wir trauern um unseren Freund. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Peter Heidler

Die Seliger-Gemeinde in Österreich trauert um **Anna Maria Praschl**. Die am 24.10.1920 in Unterreichenstein, ČSR, Geborene starb am 10.02.2014. Wir verlieren mit ihr einen Menschen, der aufgrund seines Einsatzes und Engagements für die Arbeitenden geschätzt wurde. In ihrem Beruf Bibliothekarin, den sie durch einen Abschluss in der Leipziger Bibliothekar-Akademie 1940 vervollständigte, fand sie ihre Berufung.

1945 nach Österreich zurückgekehrt, wurde sie 1946 Mitglied der SPÖ. Sie bekleidete eine Reihe wichtiger Funktionen, deren Krönung 1970 die Entsendung in den oberösterreichischen Landtag war, dem sie bis 1985 angehörte. Darüber hinaus arbeitete sie bei den sozialistischen Freiheitskämpfern und dem ÖGB an führender Stelle mit. Beim Český stůl, der der Verständigung von Österreichern und Tschechen dient, genoss sie großes Ansehen. Trotz ihres hohen Alters nahm sie an allen Reisen des Vereins teil. Für ihren jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz für die Sozialdemokratie wurde ihr 1982 die Viktor-Adler-Plakette verliehen. Der Seliger-Gemeinde gehörte sie seit 1956 an.

Ihre tiefe Menschlichkeit und soziale Gesinnung waren bei den Gesprächen mit ihr spürbar. Sie wird uns in Erinnerung bleiben. Wir verneigen uns in Ehrfurcht vor einem liebenswerten Menschen!

Leo Zahel

Erinnerungsorte, Teil 5

Das Brünner Arbeiterheim, das 1897 in der Jusagasse 8 (später Arbeitergasse und Marxgasse) eröffnet wurde, ist heute „klinisch tot“, wie es der tschechische Journalist Tomáš Havlín kürzlich beschrieb, und steht in einer als „Brünner Bronx“ verschrienen Gegend. Die wechselvolle Geschichte dieses Hauses kennt an seinem Beginn zwei wichtige Ereignisse, die sich mit der österreichischen Sozialdemokratie verbinden.

Der im Frühjahr 1899 begonnene Textilarbeiterstreik um die Verkürzung des 11-Stunden-Tages auf einen 10-Stunden-Tag und die Einführung einer 60-Stunden-Woche, der nach zwei Monaten solidarischem Ringen der Arbeiterschaft aller Gewerke zum Erfolg führte, ging am 2. Mai vom Brünner Arbeiterheim aus. Ein Universitätsprofessor aus Prag namens Masaryk schrieb dazu am 29. Mai 1899 im Brünner Volksfreund, er halte die Forderungen der Arbeiter für ganz berechtigt. Er selbst sei ja auch prinzipiell für den 8-Stunden-Tag.

Das andere Ereignis war der vom 24. bis 29. September 1899 im Arbeiterheim tagende erste Kongress der vereinten cisleithanischen (österreichischen) Sozialdemokratie, der auch das berühmte gewordene „Brünner Programm“ beschloss, das die Bildung eines demokratischen Nationalitäten-Bundesstaates forderte (Berichterstatte: Josef Seliger).

Dem Haus war danach nur wenig Konstanz beschieden. Erst ein darin eröffnetes Kino brachte eine finanzielle Basis für den Betrieb. In den 1920er Jahren geriet es unter kommunistische Regie, bevor es 1930 wieder sozialdemokratisch dominiert wurde. 1948 wurde es verstaatlicht. Nach der „Samtenen Revolution“ mieteten es alternative Künstlerkreise und veranstalteten Konzerte. Im Winter 2002/2003 verließ der letzte Bewohner das Haus. Es gab keine Heizung mehr, Wasser drang ein, die Wasserleitungen funktionierten nicht mehr.

Mehrere Eigentümer, allesamt Bauspekulanten, wechselten sich ab. Der letzte beantragte beim Kulturministerium der Tschechischen Republik die Aufhebung des Denkmalschutzstatus. Eine Baugenehmigung wurde an anderer Stelle gestellt. 2012 erteilte das Baurechtsamt Brunn-Nord die Genehmigung. Lediglich das Eingangsportal und der Durchgang in das ehemals funktionalistische Gebäude müssen erhalten bleiben.

Wird an dem Gebäude mit 51 Wohnungen und 92 Parkplätzen dereinst einmal eine Gedenktafel an den bedeutenden Ort erinnern?

Hanna Zakhari / Ulrich Miksch



Spolková 8, 602 00 Brno-střed / Brunn-Mitte

Neue Mitglieder

Wir heißen in unserer Gemeinschaft herzlich willkommen:

Bernd **Glembek**, Weilburg,
Helga **König**, Rosenheim,
Regina **Lederer**, Vöhringen,
Rudolf **Liebermann**, Esslingen.

Langjährige Mitgliedschaften

Ein herzliches Dankeschön an alle Mitglieder, die uns seit vielen Jahren die Treue halten.

5 Jahre

Siegfried **Kleinschmidt**, Karlstad/Schweden; Ingrid **Schläger**, Hohenberg; Anna **Seliger**, München; Bernd **Wegmann**, Waldkraiburg.

10 Jahre

Irmgard **Bloch**, Rosenheim; Renate **Immisch**, Hof; Maria **Noichl**, Rosenheim; Ute **Theia**, Waal; Irmgard **Wagner**, Riedering.

15 Jahre

Jens **Hübner**, Frankfurt; Gustav **Roth**, Geretsried; Friedrich **Weigel**, Västerås/Schweden.

20 Jahre

Josef **Albrecht**, Windischeschenbach; Anna **Kramartschik**, Richard **Kramartschik**, Esslingen; Elfriede **Rupprecht**, Windischeschenbach.

25 Jahre

Waldemar **Hampl**, Windischeschenbach; Walter **Kelbel**, Schorndorf; Walter **Knoblich**, Wiesbaden; Elfriede **Krebs**, Hof; Erika **Krebs**, Schwabhausen; Kurt **Müller**, Albine **Rotter**, Rosenheim; Ilse **Wüsteney**, Wiesbaden.

30 Jahre

Johan **Freitag**, Järfälla/Schweden; Walter **Hönig**, Bruckmühl; Emmi **Latzel**, Wasserburg; Emma **Leibelt**, Waldkraiburg; Harald **Letfuß**, Baden-Baden; Josef **Rauer**, Memmingen; Elfriede **Stanka**, Dachau.

35 Jahre

Gertrud **Altenberger**, Ansbach; Peter **Heidler**; Renate **Heidler**, Hof; Margit **Koci**, Wiesbaden; Helga **Meister**, Unterensingen; Dieter **Metzler**, Straubing; Angelika **Sauer**, Wendlingen; Adolf **Schlagmann**, Anneliese **Singer**, Waldkraiburg; Hermann **Wimmer**, Neuötting.

40 Jahre

Franz **Mann**, Gertrud **Mann**, Plochingen.

45 Jahre

Edith **Kolar**, Geislingen.

50 Jahre

Oswald **Chloubka**, Hohenschäftlarn; Helene **Letfuß**, Helmut **Letfuß**, Plochingen.

55 Jahre

Alice **Blank**, Hans **Blank**, Ansbach; Anna **Frank**, Neutraubling; Erfried **Knauer**, Woringen; Adelheid **Zahel**, Wien/Österreich.

60 Jahre

Manfred **Fischer**, Passau; Helga **Fuchs**, Kurt **Fuchs**, Plochingen; Gertrud **Hanicz**, Erwin **Haslberger**, Passau; Anna **Hübl**, Plochingen; Rosa **Pinsker**, Passau.

Die Brücke

Mitteilungsblatt der sudetendeutschen Sozialdemokraten

Bundesgeschäftsstelle der Seliger-Gemeinde, Oberanger 38, 80331 München, (089-597930

Redaktion: Dr. Martin K. Bachstein, Pöcking; Erni Bernhardt, Bonn (v.i.S.d.P.);

Ulrich Miksch, Berlin; Prof. Dr. Heimo Scherz; München, Renate Slawik, München

E-Mail: sg-by@seliger-gemeinde.de; Internet: www.seliger-gemeinde.de

Bankverbindung: Stadtparkasse München: IBAN: DE60 7015 0000 1002 0689 38; BIC: SSKMDEMM

(Die Herausgabe erfolgt mit finanzieller Unterstützung der Sudetendeutschen Stiftung)

